

An alle  
Gemeinden  
in Vorarlberg

Auskunft:  
[Ramona Deschler](#)  
T +43 5574 511 20215

Zahl: PrsG-720-1/LG-113

Bregenz, am [04.02.2021](#)

Betreff: Kundmachung eines Landtagsbeschlusses betreffend ein Gesetz über eine Änderung des Campingplatzgesetzes

Anlagen: 5

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landtag hat am 3. Februar 2021 das beiliegende Gesetz über eine Änderung des Campingplatzgesetzes beschlossen. Dieser Beschluss wurde nicht für dringlich erklärt. Er unterliegt daher der Volksabstimmung, wenn eine solche innerhalb von acht Wochen nach obigem Tag, das ist bis 31. März 2021, verlangt wird (Art. 35 der Landesverfassung); ein solches Verlangen kann gestellt werden:

- a) unterschriftlich von wenigstens 10.000 Stimmberechtigten oder
- b) von wenigstens zehn Gemeinden aufgrund von Gemeindevertretungsbeschlüssen oder
- c) unterschriftlich von der Mehrheit der Landtagsmitglieder.

Wir bitten Sie,

- den Text des Gesetzesbeschlusses für die Dauer der achtwöchigen Frist während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsicht aufzulegen und
- in die beiliegende Kundmachung den Raum, in dem der Text des Gesetzesbeschlusses aufgelegt wird, und die Zeiten, in denen er eingesehen werden kann, einzutragen und sie an der Amtstafel anzuschlagen.

Der gleichfalls beiliegende Selbstständige Antrag, Blg. 142/2020 des XXXI. Landtages, enthält auch die Begründung des Selbstständigen Antrages. Wir weisen Sie jedoch darauf hin, dass diese

Begründung insoweit nicht mehr zutrifft, als der Selbstständige Antrag im Landtag geändert wurde. Der angenommene Abänderungsantrag liegt ebenfalls bei.

Falls die Durchführung einer Volksabstimmung verlangt werden sollte, sind die Bestimmungen des Landes-Volksabstimmungsgesetzes einzuhalten. Anträge auf Durchführung einer Volksabstimmung sind danach bei der Landeswahlbehörde einzubringen.

Die Entscheidung der Gemeinde ist durch die Gemeindevertretung zu fällen. Dem Antrag einer Gemeinde auf Durchführung einer Volksabstimmung hat der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin einen Auszug aus der Verhandlungsschrift über die Gemeindevertretungssitzung anzuschließen. Dieser Auszug muss nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes über die Unterfertigung von Verhandlungsschriften unterfertigt sein.

Freundliche Grüße

Für die Vorarlberger Landesregierung  
Im Auftrag

Dr. Matthias Germann

Nachrichtlich an:

- 1) Landeswahlbehörde  
im Hause

zur Kenntnis und mit der Bitte, nach Ablauf der umseitig genannten Frist unverzüglich der Abteilung Gesetzgebung mitzuteilen, ob und allenfalls welche Anträge auf Durchführung einer Volksabstimmung eingelangt sind.

- 2) Bezirkshauptmannschaften  
Bludenz, Bregenz, Dornbirn, Feldkirch

zur Kenntnis und mit dem Ersuchen, den beiliegenden Text des Gesetzesbeschlusses beim do. Amte für die Dauer der achtwöchigen Frist während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht aufzulegen und die gleichfalls beiliegende Kundmachung an der Amtstafel anzuschlagen. Zuvor sind in die Kundmachung der Raum, in dem der Text des Gesetzesbeschlusses aufgelegt wird, und die Zeiten, in denen er eingesehen werden kann, einzutragen.

- 3) Vorarlberger Gemeindeverband  
Vorarlberger Gemeindehaus  
Marktstraße 51  
6850 Dornbirn

zur Kenntnis